Laibacher Zeitung.

Nr. 40.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 kr. Mit der Post ganzl. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Montag, 19. Februar.

Insertionsgebühr: Für kleine Inserate bis zu 4 Zeilen 25 kr., größere per Zeile 6 kr.; bei öfteren Wiederholungen per Zeile 3 kr.

1883.

Nichtamtlicher Theil.

Se. Majestät der Kaiser haben der Schulgemeinde Mönichkirchen im politischen Bezirke Neunkirchen in Niederösterreich zur Bestreitung von Schulbauauslagen eine Unterstützung von 200 Gulden aus Allerhöchster Privatcasse allergnädigst zu bewilligen geruht.

Zur Lage.

Was doch diese Ziffern für eine unbarmherzige Logik haben! Sie machen oft die schönsten oppositionellen Tiraden und die kühnsten Prophezeiungen einer reichen Publicisten-Phantasie zusehen. Man erinnert sich nur, welche verderbliche Wirkungen seinerzeit die Blätter der Linken von dem Inkrafttreten des neuen Zolltarifes in Aussicht stellten. Die erhofften Mehreinnahmen für den Staatschatz — so hieß es — würden ausbleiben, die Einfuhr an Colonialwaren und anderen zum täglichen Bedürfnisse gewordenen Consumartikeln und Rohstoffen werde infolge der Finanzzölle in demselben Maße sinken, wie die Ausfuhr an Cerealien und Mahlproducten infolge der Einführung des Getreidezolles, welcher zu Repressivmaßnahmen von Seite der Nachbarstaaten Anlass bieten werde. Von all diesen Vorhersagungen ist genau das Gegenteil eingetroffen, und niemand anderer als die Organe der Linken sind es, welche diese Thatsache constatieren.

So spricht sich die „Neue freie Presse“ folgendermaßen über den finanziellen Effect des neuen Zolltarifes aus: „Die Gesamtsumme der reinen Zolleinnahmen im österreichisch-ungarischen Zollgebiete betrug mit Zurechnung des von den Goldzöllen entfallenden Agios 44,855 Millionen Gulden. Stellt man dieser Summe das Regiekosten-Pauschale und die Steuerrestitutions für die Ausfuhr von Brantwein, Bier und Zucker mit 25,6 Millionen Gulden entgegen, so ergibt sich ein Ueberschuß von 19,254 Millionen Gulden. In dem gemeinsamen Staatsvoranschlage für das Jahr 1882 war der Bruttoertrag der Zölle mit 31,455 Millionen Gulden veranschlagt; zieht man hiervon das Regiekosten-Pauschale und die Steuerrestitutions im Gesamtbetrage von 35,545 Millionen Gulden ab, so resultiert ein Zollgefälls-

abgang von rund 4 Millionen Gulden. Der Nettoertrag des Zollgefälls stellt sich also um rund 23 Millionen Gulden günstiger, als er präliminirt war. Von dieser Differenz rührt ein Betrag von rund 10 Millionen Gulden aus der Verminderung der Steuerrestitutions her, das Plus der Nettozolleinnahmen gegenüber dem Voranschlage beträgt daher circa 13 Millionen Gulden.“

Was nun den commerciellen Effect des neuen Zolltarifes betrifft, so lassen wir hierüber das „Neue Wiener Tagblatt“ sprechen. Dasselbe bringt nämlich unter der Ueberschrift: „Das Warengeschäft unter dem neuen Zollregime“ folgende Daten: „Wenn wir aus der großen Reihe von Artikeln nur wenige herangreifen (für viele fehlt es uns an Raum), so zeigt sich folgendes Bild in der Einfuhr: Kaffee-Import 1882 351 372 Mtr., 1881 325 558 Mtr.; Gewürze-Import 24 727 Mtr., beziehungsweise 18 162 Mtr.; Roheisen-Import 1882 837 828 Mtr., 1881 620 643 Mtr.; Bruchisen und Alteisen 315 999 Mtr., beziehungsweise 324 842 Mtr.; Mineralöle - Einfuhr 1882 1 125 087 Mtr., 1881 1 257 966 Mtr.; Soda 108 251 Mtr., beziehungsweise 141 704 Mtr. Was die Ausfuhr anbelangt, so wäre hervorzuheben: Weizen 1882 (Jänner bis November) 3 514 717 Mtr., 1881 1 728 074 Mtr.; Gerste 3 479 500 Mtr., 1881 1 968 247 Mtr.; Mehl 1 650 924 Mtr., 1881 1 176 677 Mtr.“

Wir haben diesen Ziffern nichts hinzuzufügen, sie bieten in ihrer Trockenheit die trefflichste Illustration zu den feinerzeitigen Auslassungen der oppositionellen Presse über die Consequenzen des neuen Zolltarifes.

Die „Morgenpost“ begrüßt mit Genugthuung die Annahme der Gewerbegesetz-Novelle durch das Herrenhaus. Sie schreibt: „Nach den gestrigen Beschlüssen des Herrenhauses kann die Gewerbegesetz-Novelle als erledigt angesehen werden. Die unerheblichen Aenderungen, welche unsere erste Kammer an dem Gesetze vorgenommen hat, dürften kaum einem Widerstande im Abgeordnetenhaus begegnen. Vorausichtlich werden nun auch die Anklagen jener verkommen, welche die Förderer der gewerblichen Reform als Attentäter wider den Geist der Zeit, als Vahnbrecher der Reaction zu stigmatisieren nicht müde geworden sind. . . . Die Regierung und die gesetzgebenden Körperschaften haben nur ihre Pflicht gethan,

wenn sie den einmüthigen Klagen, welche aus den gewerblichen Kreisen unausgesetzt an ihr Ohr gedrungen sind, nicht in ablehnender Weise begegneten.“

Der „Mährisch-schlesische Correspondent“ knüpft an den Steuerausweis für 1882 folgende Bemerkungen: „Der Ausweis der Steuereingänge im Jahre 1882 bietet ein in jeder Beziehung erfreuliches Bild. Ist schon das Mehrerträgnis von 10 184 921 fl. gegenüber dem finanziell bekanntlich ebenfalls nicht ungünstigen Jahre 1881 ein geradezu überraschendes, so gewinnt der Effect desselben noch durch den Umstand, daß hauptsächlich jene Rubriken namhaft höhere Einnahmen geliefert haben, welche die industrielle und gewerbliche Production, den Handel und Verkehr sowie die Consumtionsfähigkeit der Bevölkerung betreffen. Insbesondere haben von den directen Steuern die Einkommensteuer, die Gebäudesteuer und die Erwerbsteuer, von den indirecten Abgaben die Bier- und Fleischsteuer, der Tabakverschleiß, die Gebühren von Rechtsgeschäften, das Stempelgefälle und der Salzverschleiß bedeutende Mehrerträgnisse geliefert, ein untrügliches Kennzeichen, daß sich der Volkswohlstand und die allgemeinen Erwerbsverhältnisse im abgelaufenen Jahre wesentlich gebessert haben müssen.“

Die Münchner „Allgemeine Zeitung“ setzt heute den Artikelchluss über die Steuerreform in Oesterreich fort. Sie bespricht speciell die projectierte Rentensteuer und bemerkt bezüglich derselben: „Von der Antastung gesetzlich eingeräumter Steuerbefreiungsrechte, von der Erhöhung der bisherigen Steuerbelastung ist auch nicht eine Spur zu entdecken. Auch die Sparcassenzinsen und die Hypothekenzinsen von auf Realitäten und gewerbliche Unternehmungen hinausgegebenen Darlehen waren bisher mit 10 pCt. in Classe I und II der Einkommensteuer von 1849 angelegt, während jetzt die ersten zur Rentensteuer, die anderen zur Erwerbsteuer I. Classe — unter Umständen für Privatgeschäfte mit weniger als 10 pCt. — gezogen werden sollen; eine Mehrbelastung kommt also auch hier nicht in Frage. . . . Wir sind keine Bewunderer der Vorlagen, wie sie sind, allein das Geschrei von Verletzung des Auslandes und von gesteigerter Härte gegen das inländische Mobilcapital ist und bleibt eine ganz unrichtige Behauptung der Partei-Agitation. Worauf denn aber stützt sich trotz Gleichbleibens, ja trotz theilweiser Ermäßigung des Steuerfußes der die Rentensteuer bisher vertretenden

Feuilleton.

Richard Wagner †.

(Orig.-Corr.)

Von den Ufern der Mur, 15. Februar.

Wer hätte das gedacht, daß unser geliebter Meister so plötzlich dem Leben entrissen werden sollte! Sicherlich keiner von jenen, die Kenntnis von der bewundernswürdigen Energie seines Geistes hatten — der Energie um des Geistes der Wahrhaftigkeit willen, — der herrschenden Cultur sowie der tonangebenden modernen Civilisation zu trotzen; was mußte er deshalb an Haß, Feindschaft und Mißgunst nicht ernten dieser edle Mann — dieser hehre Held? Wahrhaftig von ihm konnte man treffend die schönen Worte sagen: „Wenn etwas gewaltiger ist als das Schicksal, so ist es der Muth, der's unerschütterlich trägt.“ Doch auch jenen, die ihn von dieser Seite nicht kannten und welche vergangenen Sommer den „Parisfal“-Auführungen in Bayreuth anwohnten und anbei die Gelegenheiten hatten, nur sein äußeres Wesen kennen zu lernen: die Lebendigkeit seiner Bewegungen — die Anmuth seiner Redeweise — die Frische seiner Stimme — sowie das schöne Ausleuchten seines Lieben, unvergesslichen Blickes, konnte der Gedanke eines so schnellen Scheidens nicht nahe kommen. Die Nachricht von seinem Tode kam daher für alle höchst unerwartet — für seine Anhänger im speciellen aber sehr erschütternd. Wie viel unendliches Herzeleid diesen Leckeren damit bereitet worden, vermag kein Wort zu schildern. Mit dem Anscheine tiefsten Schmerzes und mit der Klage über des herrlichen Mannes Tod können aber manche Zeitungen nicht oft genug anbei in durchschossenen Lettern durchblicken lassen, was Meyer-

beer für Wagner alles gethan habe. Dies ist nun eine Unwahrheit, denn Meyerbeers ganzes Verhalten gegenüber Richard Wagner war nur „Scheinwohlthat“. Wenn man das ganze Schaffen Wagners überblickt, so begegnet man allüberall Empfindungen und Ideen, die nur die Widerspiegelung einer höchst reinen Seele, eines durchdringenden Geistes sein konnten. Die edle Tendenz aller seiner Werke gibt beredtes Zeugnis von seinen weltumfassenden Wünschen: die Menschheit, des Truges, der Lüge und des Dunkels, die sie so eng umzogen, entrissen, erlöset zu wissen. — Sich verkannt zu sehen, war für Wagner höchst schmerzvoll, sich aber von der Mehrzahl seiner eigenen Nation verkannt zu sehen, mochte ihm wohl das bitterste Gefühl seines Lebens gewesen sein; wir alle wissen, wenn wir von dem Mißgeschick des „Tannhäuser“ im Jahre 1861 in Paris erwähnen hören, daß dieses mehr einer politischen Demonstration entsprang; was aber erklärt das räthelhafte Ignorieren von Wagners Bestrebungen durch so viele seiner Nation? Aber da sehe ich mich veranlaßt, diese vielen als irreführt in Schutz zu nehmen: sie waren irreführt von Judassen, die ja schon damals, vor 20 Jahren, gleich heutzutage fast überall die öffentliche Meinung beherrschten. — In einem öffentlichen Briefe, den er zuzeiten seines Aufenthaltes in Paris der heftigen Angriffe wegen sich genöthigt sah zu schreiben, — schließt er mit den Worten: „Ich verlange nichts anderes als Unparteilichkeit.“ Im Laufe der Jahre ist ihm diese auch mehr und mehr geworden: Die edelsten Menschen aller Völker, groß an Geist und Seele, huldigten ihm in aufrichtigster ergebener Weise. Auch die deutsche Nation wandte ihre Liebe ihm zu, da sie erfasste, wie viel sie Richard Wagner zu danken hatte; und diese Liebe wuchs zur Riesengröße, gleich der Erkenntnis! War sie nur so groß, so unendlich geworden, damit wir jetzt das Scheiden des vielgeliebten Meisters umso

bitterer empfänden? damit wir des Entsetzlichsten inne werden, daß ein Wesen, dem wir die köstlichsten Momente verdanken, uns durch sein Leben, Dichten und Trachten im Sinne reinsten Wahrheit nicht ferner mehr die Erde weihet? Eines nur kann hier noch als Trost gelten, und wir werden sicherlich nicht irren, wenn wir sagen: daß eben diese unsere Liebe, um deren willen der herrliche, theuere, unvergessliche Mann so viel gelitten, um welche er freiwillig, weiters noch — bis an sein Lebensende — gelitten hätte, daß diese Liebe es war, welche seinem glücklichen Lebensabende die süßesten Stunden schuf!

Anna v. Inffeld.

Der Wurzelgräber.

Erzählung aus dem oberösterreichischen Volksleben.

Von R. A. Kastenbrunner.

(20. Fortsetzung.)

Lukas stand sprachlos — wie niedergebognert. Magdalena und Thelma stießen gleichzeitig einen Schrei aus. Die Tochter warf sich dann dem Commissär zu Füßen und bat ihn unter lautem Schluchzen, „er möge dem Vater nicht solche Schande antun!“ Lukas sprang hinzu und zwang sie aufzustehen. „Laß das, mein Kind! Das hilft jetzt nichts!“ Dies bestätigend, unterbrach ihn der Commissär mit den Worten: „Es steht nicht in meiner Macht, die angekündigte Maßregel zu ändern,“ und sich zu dem jüngeren Beamten wendend, zeigte er auf das Geld, welches auf dem Tische lag: „In Gegenwart des Verhafteten und vor den Augen seiner Familie zählen wir jetzt das ausländische Geld, nehmen es in einstweilige gerichtliche Verwahrung und geben den Befund zu Protokoll.“ Lukas war von Schmerz und Zorn überwältigt; Magdalena brach mit einer Flut von Worten gegen

Einkommensteuer von 1849 (I. und III. Classe) die Hoffnung auf eine nicht bloß rechnungsmäßige, sondern auch wirkliche Erhöhung des Rentensteuerertrages bis zu 13,4 Millionen Gulden? Die Antwort lautet: Durch wirkliche Beibringung der bisher durchschlüpfenden Rentner und Rentenarten, namentlich der Privat-hypotheken und der Darlehen auf gewerbliche Unternehmungen. Die Gläubiger dieser Schuldverschreibungen wurden bisher weder vom Staate zur Rentensteuer („Einkommensteuer“) herangezogen noch wurde von den Schuldnern in irgend nennenswertem Umfange von der Abzugsbefugnis von 5 pCt. der Zinsen solcher Capitalschulden Gebrauch gemacht; die Rentenbezüge aus Privatdarlehen waren thatsächlich steuerfrei. Ein solcher Scandal kann auch durch eine 32jährige Uebung nicht geheiligt werden. Nun soll aber weiter nichts geschehen, als daß der Gläubiger direct die 5 pCt. bezahle, die ihm schon bisher der Schuldner abzuziehen berechtigt war, und daß zur Sicherung des Staatschatzes und der übrigen Steuerzahler die directe Besteuerung unter Ungültigkeitserklärung aller den Schuldner mit der Steuer belastenden Privatverträge eingeführt werde. Diese Correctur war die unbedingte Pflicht des Gesetzgebers der Gesamtheit der Steuerpflichtigen gegenüber.“

Reichsrath.

266. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Wien, 16. Februar.

Se. Excellenz der Herr Präsident Dr. Smolka eröffnet um 11 Uhr 20 Minuten die Sitzung.

Auf der Ministerbank befinden sich: Se. Excellenz der Herr Ministerpräsident und Leiter des Ministeriums des Innern Graf Taaffe, Ihre Excellenzen die Herren Minister: Dr. Freiherr v. Biernikowski, Graf Falkenhayn, Dr. Freih. v. Pražák, Dr. Freih. v. Conrad-Eybescheld, FML. Graf Welfersheimb, Dr. Ritter v. Dunajewski und Freih. v. Heimö.

Auf der Bank der Regierungsvertreter die Herren: Sectionschef Freiherr v. Rubin, die Ministerialräthe Dr. Ritter v. Harrajsowky, Ritter v. Rinaldini und Schud.

Sectionschef von Czedit legt aus Anlass seiner Berufung ins Herrenhaus sein Mandat als Abgeordneter nieder.

Se. Excellenz der Herr Ministerpräsident und Leiter des Ministeriums des Innern Graf Taaffe übermittelt eine Regierungsvorlage, betreffend die Unterstützungen aus Staatsmitteln für Tirol aus Anlass der Ueberschwemmungen im Jahre 1882. (Wird dem Nothstands-Ausschusse zugewiesen.)

Se. Excellenz der Herr Ministerpräsident und Leiter des Ministeriums des Innern Graf Taaffe überreicht eine Nachtragsvorlage zum Budget pro 1883, betreffend den Bau des neuen Reichsrathsgebäudes. (Wird dem Budgetausschusse zugewiesen.)

Vor Uebergang zur Tagesordnung nimmt das Wort

Se. Exc. Ministerpräsident und Leiter des Ministeriums des Innern Graf Taaffe:

Hohes Haus! In der Sitzung des Hauses vom 30. v. M. haben die Abgeordneten Dr. Herbst und Genossen anlässlich des von der k. k. niederösterreichischen Statthaltereiverwaltung verfügten Widerrufs der an bestimmte Personen ertheilten Bewilligungen zum Verkauf der in Wien erscheinenden Journale „Neues Wiener Abendblatt“ und der „Constitutionellen Vorstadt-Zeitung“ die folgende Interpellation an uns gerichtet:

1.) Aus welchen Gründen fand sich die Regierung bestimmt, die Bewilligung zum Einzelverkauf der eingangs bezeichneten Blätter zu widerrufen?

2.) Wie vermag die Regierung diesen Widerruf aus den Bestimmungen des § 3, Alinea 5 des Pressegesetzes vom 17. Dezember 1862, zu rechtfertigen?

Indem ich die Ehre habe, diese Interpellation zu beantworten, muß ich wohl die zweite Frage zuerst ins Auge fassen.

Das Staatsgrundgesetz über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger garantiert im Artikel 13 die Freiheit der Presse unter Hinweis auf die gesetzlichen Schranken.

Diese Schranken sind durch das Presse- und durch das Strafgesetz gegeben.

Nach § 3 des Pressegesetzes kann die politische Landesbehörde den Verkauf periodischer Druckschriften bestimmten Personen für einen zu bezeichnenden Bezirk gegen Widerruf bewilligen, demnach auch den Widerruf aussprechen, und ist diese Befugnis an keine besondere Bedingung geknüpft.

Es bleibt daher die Erwägung, ob die öffentlichen Rücksichten eine solche Maßregel rechtfertigen, dem Ermessen der competenten Regierungsbehörde anheimgegeben. Das Recht der Regierung zur Verfügung der in der Interpellation berührten Maßregel kann daher keinem Zweifel unterliegen.

Was nun die im ersten Punkte hervorgehobene Frage nach den Motiven der getroffenen Verfügung anbelangt, so liegen dieselben in gebieterischen öffentlichen Rücksichten. Wenn Blätter mit einer seit geraumer Zeit wahrgenommenen Beharrlichkeit durch tendenziöse Schilderungen von Vorgängen auf dem Gebiete des öffentlichen und Privatlebens (Hört! Hört! rechts) die Leidenschaften der großen Menge aufregen (Hört! rechts), wenn Pressezugriffe durch geradezu Anstoß erregende Ankündigungen (Beifall und Rufe: So ist es! rechts) und Darstellungen geeignet sind, auf die sittlichen Gefühle weiter Kreise der Bevölkerung (Sehr gut! rechts, Oh! links) schädigend einzuwirken, so ist in solchen Fällen die Regierung nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet (Bravo! Bravo! rechts), die ihr zugebote stehenden Mittel in Anwendung zu bringen, und würde sie sich einer großen Verantwortung aussetzen, wenn sie den Gefahren, welche aus der unbehinderten Haltung der Presse dem öffentlichen Wohle erwachsen, nicht nur nicht entgegenzutreten, sondern dieselben durch Nichtausübung ihrer Befugnisse fördern würde. (Beifall rechts.) Die Interessen Einzelner können gegenüber einer durch öffentliche Rücksichten begründeten Maßregel nicht ins Gewicht fallen.

Den in der Interpellation enthaltenen Vorwurf einer einseitigen Handhabung der Presspolizei muß ich als einen unbegründeten bezeichnen. Eine genaue Berücksichtigung der Fälle, in welchen die gegenwärtige Regierung von den presspolizeilichen Mitteln Gebrauch gemacht hat, wird die Richtigkeit dieser meiner Bemerkung darthun. Sie wird nachweisen, daß die presspolizeilichen Maßregeln nach Maßgabe der Nothwendigkeit öffentliche Blätter ohne Unterschied der Partei, welcher sie dienen (Widerspruch links), getroffen haben. (Beifall und Händeklatschen rechts, Widerspruch links.)

Se. Excellenz Ackerbauminister Graf Falkenhayn:

Ich muß mir erlauben, einige Worte auf die Ausführungen des geehrten Herrn Vorredners zu erwidern. Es sind insbesondere drei Momente, welche ihm die Einschaltung des Wortes „einzelne“ im § 2 des vorliegenden Gesetzentwurfes als bedenklich erscheinen lassen. Erstens, daß dadurch die Möglichkeit oder die Sicherheit nicht gegeben ist, einem Grundbesitzer nicht nur den gleichen Wert, sondern auch die gleiche Culturgattung, wie er sie in die Commassation eingelegt hat, zurückzugeben. Zweitens die Möglichkeit der Verächtlichmachung, daß der Großgrundbesitzer den größten Nutzen aus diesem Gesetze schöpfen werde, und drittens die Schwierigkeit oder die Unmöglichkeit, auf diesem Wege auch die Waldservitute zu regeln.

Was den ersten Einwurf anlangt, muß ich gestehen, daß ich glaube, daß gerade durch die Aufnahme des Wortes „einzelne“ das verhindert ist, was sonst geschehen könnte und dem sehr geehrten Herrn Abgeordneten eine gewisse Scheu einflößt, daß nämlich derjenige, welcher Grundstücke von gewisser Culturgattung in die Commassation eingelegt hat, etwas ganz anderes zurückbekommt; denn erst dann, wenn wirklich eine größere Waldfläche einbezogen wurde, ist die Möglichkeit gegeben, daß jemand, der eine Wiese eingelegt hat, statt derselben Wald zurückbekommt. So lange dieses nicht der Fall ist, ist dies unmöglich. Also ich möchte von dieser Seite aus glauben, daß die Textirung des Gesetzes vorsichtiger ist.

Was den zweiten Grund anbelangt, daß hier der Großgrundbesitzer protegirt wird, weil diese einzelnen, offenbar also nicht in einem Walde gelegenen, sondern mitten in den Feldern zerstreuten Parzellen mit seinen, mit denen des Großgrundbesitzers, also den größeren Parzellen vereinigt werden sollen, so glaube ich, daß eben der Lage, der Localität nach dies eine Unmöglichkeit sein wird, weil eben dieses Bersprengtliegen von kleinen Parzellen mitten in den Feldern es ausschließt, daß sie mit großen Waldcomplexen vereinigt werden.

Ich bin auch überzeugt, daß jedenfalls, wo eine zweckmäßige Commassation stattfindet, der Großgrundbesitzer auch seinen Nutzen davon haben wird, aber in den meisten Fällen wird dieselbe doch dem kleinen Grundbesitzer zugute kommen, denn der Großgrundbesitzer ist in einer sehr großen Anzahl von Fällen jetzt schon commassirt, wenigstens in gut arrondierten Höfen vereinigt; und in einer solchen Lage, wo er es gar nicht ist, wo seine Grundstücke etwa ganz zersplittert und ganz schlecht gelegen sind für die eigene Bewirtschaftung

den Vorgang der Herren in die heftigsten Bewundrungen aus, und der Commissär hatte Mühe, das tobende Weib zum Schweigen zu bringen.

Indessen wurde das Geld überzählt, nach den vorgefundenen Sorten aufgeschrieben und sodann von dem Actuar übernommen.

Der Commissär winkte jetzt dem Gerichtsdienner, der gegen Lukas vortrat, ihn im Namen des Gerichtes zum gutwilligen Gehorsam aufforderte und ihm mit einem raschen Griff seiner geübten Behendigkeit kleine Handschellen anlegte.

Während Magdalena und Thella, als sie dies sahen, ein durchdringendes Geschrei erhoben, rang Lukas mühsam nach Fassung und rief in höchster Erbitterung: „Auch das noch!“ Zornesröthe im ganzen Gesichte, stampfte er mit dem Fuß auf die Dielen der Stube und hob gegen den Diener die geballte Faust. Ein scharfes Wort des Gerichtscommissärs gebot ihm Ruhe. „Macht Euch bereit — sagte er — Ihr müßt sogleich mit!“

Die schwer betroffene Familie fuhr in neuem Schrecken zusammen, als unverzüglich zur Ausführung geschritten wurde. Die Gerichtsbeamten erklärten die Hausuntersuchung für geschlossen und der Diener erhielt die Weisung, mit dem „Inquisiten“ voranzugehen.

Weib und Tochter desselben geberdeten sich wie Verzweifelte und schrien laut, daß „der Vater losgelassen werden solle!“

In der Brust des unglücklichen, dem Gerichte verfallenen Wurzelgräbers hatte die erste Wuth ausgetobt; er suchte Magdalena und Thella, die weinend an seinem Halse hingen, zu trösten: „Seid nicht verzagt! Es kann mir nichts geschehen, und das Geld muß uns dann wieder zurückgegeben werden. Ich hoffe, daß in der kurzen Zwischenzeit Rieslechner für Euch sorgen wird.“

Dem traurigen Austritt machte jetzt der Commissär ein Ende — Lukas wurde fortgeführt.

Die Einwohner des Ortes standen verdutzt und neugierig unter den Hausthüren und erklärten sich das ernste Schauspiel durch das auffallende Geld, in dessen Besitze sie den Wurzelgräber gewußt hatten.

Nur Rieslechner, von Scham und Schrecken erfüllt, wagte es nicht, vor die Thür seines Gewölbes zu treten und sich den Leuten aus.

„Das hätt' ich nicht geglaubt!“ sagte der Wirt, den Kopf hin- und herwiegend, zu sich selbst, als der Gerichtsdienner und sein Gefangener, unter großem Zusammentrauf gaffenden Volkes, in einem kleinen, offenen Wagen davonsuhren.

Lukas wurde an die Untersuchungsbehörde in Hschl abgeliefert. — Magdalena und Thella vergingens dabei im Elend vor unsäglichem Schmerz und Jammer, der das schwache Weib wieder auf das Krankenbett warf und das Unglück der Familie noch vergrößerte.

Rieslechner, der zu den Menschen gewöhnlichen Schlages gehörte, ließ sich denselben Tag weder bei ihnen noch außer dem Hause sehen.

14. Lukas vor Gericht.

Tief gebeugt von der Schwere seiner schimpflichen Stellung erschien Lukas bei dem ersten Verhör.

Durch den Gerichtsvorstand, der die Voruntersuchung führte, wurden dem Wurzelgräber die nachfolgenden Klagepunkte vorgehalten:

„Es sei durch die gepflogenen Erhebungen festgestellt, daß der verunglückte Fremde für jedermann schon auf den ersten Anblick das Aussehen eines wohlhabenden Mannes gehabt habe;

daß sich er — Lukas Stöckler — demselben als Führer auf den Schafberg angetragen, jedoch von ihm eine abweisliche Antwort erhalten habe;

daß Inquisit an demselben Nachmittag, wo der Fremde allein den Weg auf den genannten Berg einschlug, ebenfalls allein dahin gegangen sei;

daß nach Bestätigung der vernommenen Einwohner von Sanct Wolfgang an jenem Tage niemand sonst auf dem Berg gewesen, mit Ausnahme des Schaffners und der Wirtshafterin im Berghause, die kein Verdacht treffen könne;

daß Inquisit an jenem Abend erst spät heimgekommen sei;

daß niemand sonst, als er, den Ort gewußt habe, wo der Fremde den Tod gefunden hat;

daß er zwar die Auffindung der Leiche nach Verlauf von drei Wochen gerichtlich angezeigt, es sich aber bei Vornahme des bezirksamtlichen Augenscheines herausgestellt habe, daß der Fremde aller seiner Effecten beraubt worden sei;

im weiteren, daß sich Inquisit über das bei ihm gefundene ausländische Geld nicht ausweisen könne; während es erwiesen sei, daß er bis dahin in einer höchst bedrängten Lage sich befunden und in dieser Zeit von niemandem, auch nicht von dem dortigen Kaufmann Rieslechner, dem Bräutigam der Tochter, irgend eine Unterstützung empfangen habe;

endlich, daß der Ort, wo der Fremde das Leben verloren hat, ein gänzlich abgelegener sei und nicht angenommen werden könne, daß er den Weg auf einen so unbekanntem und gefährlichen Punkt aus eigener Wahl eingeschlagen habe.“

„Aus all diesen Gründen müße gegen ihn — Lukas Stöckler — der Verdacht des Raubes und eventuell des Raubmordes an dem verunglückten Fremden erhoben werden.“

(Fortsetzung folgt.)

lung, genießt er den Vortheil, der ihm dann vielleicht fehlen wird, in der parcellenweisen Verpachtung dafür eine Rente zu bekommen, wie sie in der eigenen Bewirtschaftung nie zu erzielen ist. Wenn eine solche Verdächtigung ausgesprochen wird, so kann man nichts dagegen thun, es kann überhaupt alles verdächtigt werden, aber begründet ist ein solcher Verdacht gewiss nicht.

Was die dritte Haupteinwendung betrifft, nämlich die Unmöglichkeit, die Servitute zugleich durch dieses Gesetz zu regeln, so muß ich gestehen, daß das richtig ist, aber ich glaube, daß eine solche Regelung eben nicht die Absicht des Gesetzes ist; es heißt ganz ausdrücklich: „die Zusammenlegung landwirtschaftlicher Grundstücke“ und nicht: „Zusammenlegung und Regulierung der Servitute“ überhaupt; es ist also eine Beschränkung auf die landwirtschaftlichen Grundstücke, der gegenüber es als bloße Ausnahme erscheint, wenn im § 2 auch die Einbeziehung einzelner mitten in den Feldern liegender forstwirtschaftlicher Grundstücke in die Zusammenlegung eventuell gestattet wird.

Wenn sich der Reichsforstverein mit seinen gewiss großen Capacitäten im Forstfache dafür ausspricht, daß es unerlässlich sei, sämtliche Servitute abzulösen und den Wald davon zu befreien, so hat er von seinem Standpunkte aus vollständig recht. Jeder Forstwart, der die Sache von seinem Standpunkte, vom Standpunkte des Forstwartes aus betrachtet, wird sagen müssen: Ich bitte, mich von jeder Last zu befreien, die mir nicht ganz freie Hand läßt. Anders aber, glaube ich, stellt es sich schon heute bei denjenigen, die den volkswirtschaftlichen Standpunkt einnehmen. Ich glaube, daß heute nicht mehr alle, die in früheren Zeiten für die unbedingte Ablösung gerade dieser Servitute waren, so fanatisch dafür sind, und wenn der Herr Vorredner gesagt hat, mehr als die Hälfte des Ertrages der Waldungen in Salzburg sei für die Servitutsberechtigten vorbehalten, so möchte ich doch die Ansicht aussprechen, daß das vielleicht kein Unglück ist, und es ist doch sehr fraglich, wenn diese Waldungen wirklich im Besitze der Einzelnen wären, ob ihnen in Zukunft der Bezug von so viel Holz so gesichert wäre, als bei den jetzigen Verhältnissen. Was die Kompetenzfrage anbelangt, habe ich schon in der letzten Sitzung die Ehre gehabt, zu erklären, daß die Erfolge, nicht die rapiden, aber die Erfolge, die meiner Ansicht nach doch diesem Gesetze anhängen, ihm eine Bedeutung geben, die weit über den Rahmen dessen hinausgeht, was man im weitesten Sinne selbst als Landeskultur bezeichnet. Ich werde mich auch heute auf diesen Punkt nicht weiter einlassen, kann aber nur das hohe Haus ersuchen, bei der Textirung, wie sie hier vorgeschlagen wird, zu bleiben. (Beifall.)

(Schluß folgt.)

„Deutscher Schulverein“ und „Komensky.“

Man schreibt der „Pol. Corr.“ aus Graz, 13. Februar:

Die lebhafteste Controverse, zu welcher der Plan des Vereines „Komensky“, in Wien eine Privatschule mit czechischer Unterrichtssprache zu errichten, vor nicht langer Zeit Anlass gegeben hat, ist noch in allgemeiner Erinnerung. Auf umso größeres Interesse darf die Bekanntmachung eines Falles rechnen, der sich soeben in Steiermark ergeben hat und bis in die geringsten Einzelheiten ein Seitenstück zu jenem Falle bildet. Der Sachverhalt läßt sich in kurzen Worten wie folgt skizzieren:

Ein Wiener Hof- und Gerichtsadvocat, welcher in der slovenischen Gemeinde Pöckendorf bei Marburg begütert ist, suchte im September 1882 durch den Bezirkschulrath der Umgebung Marburgs die Bewilligung zur Errichtung einer vom deutschen Schulverein zu subventionierenden Privat-Volksschule mit deutscher Unterrichtssprache an, welche ihm erteilt wurde. Gegen diese Entscheidung richtete der slovenische Ortschulrath von Lembach eine Beschwerde an den Landeschulrath für Steiermark, welche von letzterem dahin beschieden wurde, daß, nachdem alle durch § 70 des Reichs-Volksschulgesetzes vom 14. Mai 1869 vorgeschriebenen Bedingungen erfüllt seien, gegen die Errichtung der fraglichen Schule kein Anstand obwalte. Infolge dieser Entscheidung ergriff der Ortschulrath von Lembach den Recurs an das Ministerium für Cultus und Unterricht, wobei er vollinhaltlich dieselben Gründe entwickelte, deren sich der niederösterreichische Landeschulrath in seiner bekannten Vorstellung gegen die Errichtung einer Privat-Volksschule mit czechischer Unterrichtssprache in Wien bedient hatte. Der Ortschulrath Lembach wies nämlich darauf hin, daß die Unterrichtssprache an Privat-Volksschulen und die an öffentlichen Volksschulen übereinstimmen müsse, daß das Lehrziel im anderen Falle nicht erreicht werden könne, daß sich Schwierigkeiten bei der Schulaufsicht ergeben würden u. s. w. Fast könnte man meinen, daß dem Ortschulrath Lembach die Vorstellung des niederösterreichischen Landeschulrathes zum Muster gedient habe.

Umso größeres Interesse beanspruchen die Gründe, mit welchen der deutsche und liberale Landeschulrath

in Graz dem Versuche der Copirung des deutschen und liberalen Landeschulrathes in Wien entgegentrat. Der steierische Landeschulrath bezeichnet es vor allem als eine irrige Anschauung, daß die Umgangssprache der Ortsbevölkerung auch die Unterrichtssprache der Orts-Privatschulen sein müsse. Er beruft sich auf seine seit der Wirksamkeit des Reichs-Volksschulgesetzes in diesem Sinne geübte Praxis und verweist, um die Richtigkeit seiner Anschauungen darzuthun, ausdrücklich auf die Entscheidung des Ministeriums für Cultus und Unterricht in dem analogen Falle Komensky, gegen welche eine Beschwerde an einen Gerichtshof nicht ergriffen wurde. Gestützt auf diese Gründe, befürwortet der steierische Landeschulrath die Aufrechthaltung seiner Entscheidung, und das genannte Ministerium hat denn auch thatsächlich dem Antrage des steierischen Landeschulrathes gemäß entschieden, indem es den Recurs des Ortschulrathes Lembach als im Gesetze nicht begründet zurückwies.

Gleicht dieser Fall nicht ganz dem eingangs erwähnten „Komensky“-Falle, so daß man süglich von einer Wiederholung des letzteren sprechen könnte? Nur sind die Rollen getauscht; ein slavischer Ortschulrath bedient sich der Argumentation eines deutschen Landeschulrathes, und ein anderer deutscher Landeschulrath stellt sich mit seinen Gründen auf den Standpunkt des slavischen Vereines „Komensky“. Es wäre sicher von großem Interesse, das Urtheil der aus dem niederösterreichischen Landeschulrath ausgeschiedenen Mitglieder desselben über die Argumentation ihrer steiermärkischen Collegen und Parteigenossen kennen zu lernen.

Vom Ausland.

Die Verhandlungen der Londoner Donau-Conferenz haben einen überraschend schnellen Verlauf genommen. Die Conferenz hat den Vorschlag des französischen Delegierten bei der europäischen Donau-Commission Berrere angenommen, wonach der von Oesterreich-Ungarn, Serbien, Rumänien und Bulgarien zu bildenden Uferstaaten-Commission behufs Ausführung des Reglements über die Strompolizei vom Eisernen Thore bis Braila ein fünftes Mitglied aus dem Schoße der europäischen Donau-Commission beizugeben sei. Die in Aussicht gestellten Differenzen wegen des russischen Kilia-Armes der Donau-Mündungen scheinen sich ganz und gar nicht einzustellen, da Rußland für den genannten Donau-Arm dasselbe acceptiert, was für den Sulina-Arm unter europäischer Sanction festgesetzt ist.

Das englische Parlament ist am 15. d. M. mit denselben Formalitäten eröffnet worden wie vor hundert Jahren, als der Großvater der Königin Victoria, Georg III., auf dem britischen Throne saß und die leitenden Minister Lord North und Charles Fox hießen, denen der jüngere Pitt als Führer der Opposition gegenüberstand. Damals hatte die Thronrede den erfolgten Friedensschluss mit den abgefallenen amerikanischen Colonien anzukündigen, diesmal füllte die Niederwerfung des ägyptischen Militär-Aufstandes diese Stelle der Thronrede aus. Eine Massen-Demonstration, womit Bradlaugh, der Vertreter von Northampton, nach seiner früheren Verweigerung und späteren Verhöhnung des Parlamentes dem Unterhause imponieren und seinen Eintritt ertrocken wollte, wurde von der Polizei ruhig abgewiesen, und der Thronrede folgte in beiden Häusern die übliche formelle Adressdebatte, welche im Oberhause auch gleich beendet wurde.

Locales.

Dem Herrn Landespräsidenten haben vorgestern und gestern die Behörden und Corporationen anlässlich seiner Decorierung ihre Glückwünsche dargebracht. Es erschienen am 17. d. M. der hochw. Clerus von Laibach unter Führung Sr. fürstlichen Gnaden des hochwürdigsten Herrn Fürstbischöfes, dann die Beamtenkörper der Finanzprocuratur und des Postamtes Laibach. Es erschienen gestern die Beamtenkörper der Landesregierung, der Bezirkshauptmannschaft Laibach, der Finanzdirection, des Landeszahlamtes, die Mitglieder des Landeschulrathes, das Oremium des Landesgerichtes, der Beamtenkörper der Staatsanwaltschaft, eine Deputation des Landesauschusses, die Gemeindevertretung Laibach unter Führung des Herrn Bürgermeisters, der Stadtschulrath Laibach, die Handels- und Gewerbekammer, die Notariatskammer und die Lehrkörper des Gymnasiums, der Realschule und der Lehrer-Bildungsanstalt. Ferner erschienen folgende Vereine und Gesellschaften: die Landwirtschaftsgesellschaft, die philharmonische Gesellschaft, die freiwillige Feuerwehr, die „Slovenka Matica“, der Veteranenverein, der Zweigverein Laibach der österreichischen Gesellschaft vom weißen Kreuz, der Laibacher Volksschülerverein, der Fischereiverein, die Laibacher slovenischen Vereine: Čitalnica, Katoliško društvo, Društvo

rokodelskih pomočnikov, Obrtniško društvo, Učiteljsko društvo, Dramatično društvo, Glasbenamatica, Slovenska matica, Sokol, Národní dom, Národná tiskarna, Pomočno obrtno društvo, Národná šola und die Čitalnica von Šiška.

Die Serenade, welche der Männerchor der Laibacher Čitalnica dem Herrn Landespräsidenten vorgestern brachte, fand nach halb 9 Uhr abends vor dem Landhause statt, und es füllten Tausende von Menschen den Auerspergplatz und die einmündenden Gassen. Der Čitalnica-Männerchor trat in einer Stärke von 60 Mann auf, Mitglieder des slovenischen Turnvereines „Sokol“ hielten Wachsfackeln. Die drei Pöcken, welche zum Vortrage gelangten, wurden in exacter Weise gesungen. Besonders gelungen war der Chor A. Redušs: „Vošilo“ mit dem reizenden Soloquartett der Herren Meden, Stamcer, Zubanc und J. Paternoster. Imposant wurde J. Serbec' Chor „Slovaški brod“ vorgetragen, nicht minder auch Wendels Chor „Svoji k svojim“, in welchem die Herren Razinger, Stamcer, Pucihar und J. Paternoster das Soloquartett sangen. Der Herr Landespräsident sammt Frau Gemahlin und Familie hörten den Gesangsvorträgen aus den Fenstern ihrer Wohnung an.

(Ernennung.) Der Minister und Leiter des Justizministeriums hat den pensionierten Bezirksrichter Alexander Rosmann zum Notar mit dem Amtssitze in Flitsch ernannt.

(Kaiserin-Elisabeth-Kinderhospital.) Am 15. d. M. fand im städtischen Rathhause die Generalversammlung der Gründer, Wohlthäter und Gönner des hiesigen Kaiserin-Elisabeth-Kinderhospitals statt, welche, da sich diese wohlthätige Anstalt der vollen Sympathie des Publicums erfreut, zahlreich besucht war. Nachdem die Versammlung vom Obmanne Herrn Regierungsrath Laschan freundlichst begrüßt worden, wurde der vom Herrn Cassier Leskovic pro 1882 erstattete Rechenschaftsbericht sowie das für das laufende Jahr vorgelegte Präliminare einstimmig genehmigt. Herr Obmann Laschan machte sodann die Versammlung darauf aufmerksam, daß ein so günstiger Rechenschaftsbericht für das abgelaufene Jahr, nach welchem sich das Vermögen dieser Anstalt um fast 2000 fl. vermehrt hat, wohl nicht möglich gewesen wäre, wenn nicht Herr Julius v. Trnkóczy dem Kinderhospitale die Medicamente unentgeltlich geliefert hätte. Der Antrag, dem Herrn v. Trnkóczy für seine großmüthige Spende den Dank zu votieren, wurde mit Beifall angenommen. Herr von Trnkóczy legte sodann der Versammlung die Medicamentenrechnung für das Jahr 1882 dar, wozu der Preis der dem Kinderhospitale in diesem Jahre gelieferten Medicamente volle 302 fl. 79 kr. beträgt; so groß dieses Opfer für ihn auch sei, so bringe er es gerne für eine so eminent wohlthätige, unter dem Protectorate Ihrer Majestät der Kaiserin stehende Anstalt. Da Herr von Trnkóczy noch erklärte, daß er auch im laufenden Jahre die Medicamente dem Kinderhospitale unentgeltlich zu liefern bereit sei, so wurde diese Erklärung freudig zur Kenntnis genommen und ihm auch hiefür der Dank der Versammlung einstimmig ausgesprochen. Als hierauf zur Wahl der Verwaltungsräthe geschritten werden sollte, beantragte Frau Gräfin Sofie Auersperg, von der Wahl mit Stimmzetteln Umgang zu nehmen und die bisherigen Functionäre mit Acclamation zu wählen, welcher Antrag von der Versammlung einstimmig angenommen wurde. Den Verwaltungsrath bilden demnach auch dieses Jahr nachstehende Herren: Regierungsrath Laschan als Obmann, Dr. Suppan Obmann-Stellvertreter, Alexander Dreo, Dr. Kováč, Karl Leskovic, Lorenz Miksch, Dr. Načič, Albert Ramm, und die Frauen: Magdalena Günzler, Josefina von Raab, Jakobine Supan. Schließlich nahm die Versammlung den Bericht über die Verlängerung des Vertrages für das Jahr 1883 mit den die Wartung und Pflege im Kinderhospitale ausübenden Töchtern der christlichen Liebe zur genehmigenden Kenntnis.

(Todesfall.) Am 16. d. M. starb hier ein Angehöriger der hochgeachteten Familie Necher, der allgemein bekannte und vielgeschätzte Herr Karl Necher, k. k. Beamter i. P., Bürger von Laibach, welcher in den letzten Jahren erblindet war, im 75. Lebensjahre. Herr Karl Necher war am 16. November 1808 in Laibach geboren, hat die philosophischen und zwei Jahrgänge der rechtswissenschaftlichen Studien absolviert, ist hierauf im Jahre 1832 bei dem Stadtmagistrate in Laibach als Actuar in den Dienst getreten, von wo er am 3. August 1833 zur vorbestandenen k. k. Polizeidirection in Laibach überetzt wurde. Von dieser Zeit an hat er bei den vorbestandenen k. k. Polizeidirectionen theils in Laibach, theils in Klagenfurt als Kanzlist gedient und ist im Jahre 1861 in den Ruhestand getreten. Bei dem Ausbruche des italienischen Feldzuges im Jahre 1866 ist er bei den damals errichteten krainischen Landesjäger-Corps als Oberlieutenant eingetreten, auf welche Charge er später infolge eines Augenleidens verzichtete.

(Herr Anton Geba), unser tüchtige heimlicher Elektrotechniker, wurde, wie man uns mittheilt, vom elektrotechnischen Vereine in Wien zum ordentlichen Mitgliede ernannt.

(Gemeindevahl.) Bei der am 30. Jänner d. J. stattgehabten Neuwahl der Gemeindevertretung der Ortsgemeinde Schweinberg, Bezirk Tschernembl, wurden Johann Kober von Schweinberg zum Gemeindevorsteher, Michael Kober von Schweinberg und Wiko Spehar von Speharje zu Gemeinderäthen gewählt.

(Landschaftliches Theater.) Die gestrige Vorstellung von „Voccaccio“, die vor gut besuchtem Hause stattfand, war eine durchwegs gelungene und erntete vielen Beifall. Vorzüglich bei Stimme und bei Laune war Fr. v. Wagner (Voccaccio), die wiederholt bei offener Scene lebhaft gerufen wurde. Auch Fr. Weuß (Fiametta), die, nebenbei bemerkt, heute ihr Benefiz hat, war recht brav. Auch die übrigen Mitwirkenden waren eifrig bemüht, den Abend zu einem recht amüsanten zu gestalten. —cs.

Neueste Post.

Das Leichenbegängnis Richard Wagners.

Innsbruck, 17. Februar. Die Leiche Richard Wagners passierte um 7 Uhr 45 Minuten früh den hiesigen Bahnhof, auf welchem sich eine Cumulativ-Deputation des Musikvereines, des akademischen Gesangsvereines und der Liedertafel unter der Führung des Grafen F. Thun eingefunden hatte. Graf Thun legte einen Kranz aus Edelweiß mit einer Widmungsschleife, welche die Namen der drei Vereine trägt, auf den Sarg nieder. Graf Thun drückte der Familie Wagners im Namen der Vereine die Verehrung, die Begeisterung, den Schmerz und die Trauer um den Verstorbenen sowie das Beileid für die Familie aus.

München, 17. Februar. Die Leiche Richard Wagners traf um 2 1/2 Uhr auf dem Bahnhof ein, woselbst der Train von dem Flügeladjutanten des Königs, Baron Leuret, erwartet wurde, der einen riesigen Lorbeerkranz überreichte. Die hiesigen Mäler mit brennenden Flambeau sowie Deputationen sämtlicher Münchner Gesangsvereine mit umflorten Fahnen bildeten Spalier. Auf Bitte der leidenden Frau Cosima Wagner unterblieb jede Feierlichkeit. Die Kinder Wagners stiegen aus und nahmen im Königssalon ein ihnen offerirtes Diner ein. Die Witwe Wagners blieb unsichtbar für jedermann im Wagen. Um den Leichenwagen halten alle Deputationen bis zum Abgange nach Baiereuth, welcher mit dem Abend-Courierzuge erfolgt, Wache.

Original-Telegramm der „Laib. Zeitung.“

Bayreuth, 18. Februar. Leichenfeier Wagners. Unter den Klängen des Siegfried-Tobtenmarsches wurde die Leiche auf den Katafalk gehoben. Der Bürgermeister von Bayreuth hielt die erste Leichenrede. Alle Deputationen defilierten beim Sarge vorüber und legten, theilweise mit kurzen Ansprachen, Kränze nieder. Der Bayreuther Biederkrantz trug dieselbe Composition vor, welche Wagner bei der Leichenfeier Webers dirigiert hatte. Der Leichenzug war, wie folgt, arrangiert: Feuerwehrrheilung, Trauerherolde, Militär-Musikkapelle, Deputationsmitglieder mit Kränzen, Kranzwagen, der Leichenwagen, begleitet von der ganzen Bayreuther Geistlichkeit, der Sohn Wagners mit der Vertreterin des Königs von Baiern, die nächsten Freunde des Hauses, Deputationen der Künstler, Vertreter den Journale, Officiere, Beamte, Musikkapelle, endlich die Bürgerschaft von Bayreuth.

Wien, 17. Februar. (Wiener Abendpost.) Die „Deutsche Zeitung“ reproducirt heute eine Mittheilung der „Politik“, wonach Sr. Excellenz der Herr Ministerpräsident im Ausschusse zur Prüfung der Affaire Kaminski die Erklärung abgegeben habe, dass die Regierung dem Ausschusse die Herausgabe der auf den Gegenstand bezüglichen Acten verweigere, da „die Krone nichts weniger goutirt als die Verlegung des Schwerpunktes der Executive in das Parlament oder in einen seiner Ausschüsse“. — Nachdem die Verhandlungen des parlamentarischen Ausschusses, wie bekannt, geheimgehalten werden, so versteht es sich von selbst, dass diese Mittheilung aller und jeder Authenticität entbehrt. Wir sind jedoch überdies zu der ausdrücklichen Erklärung ermächtigt, dass die Sr. Excellenz dem Herrn Ministerpräsidenten nach der „Politik“ von der „Deutschen Zeitung“ zugeschriebene Aeußerung, „dass die Krone nichts weniger goutiere als die Verlegung des Schwerpunktes der Executive in das Parlament oder in einen seiner Ausschüsse“, vollkommen auf Erfindung beruht.

Wien, 17. Februar. Das Herrenhaus hat heute eine Reihe erster Lesungen vorgenommen und sodann ohne Debatte den Gesetzentwurf über strafrechtliche Bestimmungen gegen die Vereitelung von Zwangsvollstreckungen, die Vorlage, betreffend die Herstellung von Abzweigungen der galizischen Transversalbahn sowie eine Reihe kleiner Gesetzentwürfe erledigt. Am 19. d. M. gelangt die Schulgesetznovelle auf die Tagesordnung.

Agram, 16. Februar. Drei von den Verbrechern, welche die Post ausraubten, sind bereits eingekerkert. Es sind Bauern aus Popovaca unweit Sissek, und haben dieselben ihr Verbrechen eingestanden. Nach weiteren zwei Betheiligten wird gefahndet. Der Raub wurde mit großem Raffinement ausgeführt. Es wurden nämlich die Posten einer kleinen Brücke angehoben. Als der Postwagen um halb 1 Uhr nachts vor der Brücke anlangte, schauten die Pferde. Der Postillon und der Begleitungsman stiegen ab, um sich nach dem Hindernisse umzusehen. In diesem Augenblicke stürzten die Räuber über dieselben her. Dem Postillon wurde der Schädel zertrümmert und dem Begleitungsmanne der Kopf vollständig vom Rumpfe getrennt. Außerdem wurden die Leichen noch auf entsetzliche Weise verstümmelt. Sodann bestiegen zwei der Räuber in den Kleidern des Postillons und des Begleitungsmanne den Postwagen und fuhren mit demselben etwa noch eine Stunde weit. Im Dorfe Struzec wurde der Wagen von der Ortspatrouille gesehen, an welcher der verkleidete Räuber lustig blasend vorüberfuhr. Eine kurze Strecke außerhalb des Dorfes bemächtigten sich die Räuber der Barschaft von etwa 15 000 fl. und ließen den Wagen stehen.

Berlin, 17. Februar. Die „Norddeutsche allgemeine Zeitung“, anknüpfend an den Artikel der „Schlesischen Zeitung“ über die Verhandlungen mit der Curie, worin auf die Württemberg von der Curie zugestandenen Bestimmungen hingewiesen wird, sagt, sie stimme mit der „Schlesischen Zeitung“ darin überein, dass, wenn die Curie uns das Gleiche zugestehen will, was sie Württemberg zugestand, ein Modus vivendi gefunden wäre. Der Versuch eines solchen Ausgleiches ist von Seite Preußens wiederholt gemacht worden, aber stets an der abweisenden Haltung der Curie gescheitert. Wir sind überzeugt, sagt das Blatt, dass die Regierung auch heute noch die Sicherung der Rechte des Staates nach Maßgabe der Württemberg gegenüber zugestandenen Bedingungen acceptieren wird; sie würde selbst eine solche Regelung vorschlagen, wenn eine Aussicht auf Aufnahme derselben seitens der Curie vorhanden wäre.

Petersburg, 17. Februar. Heute abends fand der erste officielle Empfang bei dem österreichisch-ungarischen Botschafter statt.

Constantinopel, 16. Februar, abends. (Eingelangt am 18. Februar um halb 6 Uhr morgens.) Der Verwaltungsrath der Bondholders wird am 26. d. M. drei Kundmachungen erlassen. Die erste derselben betrifft die am 13. März erfolgende Zahlung von 1/2 Procent für das abgelaufene Semester auf die Titel sämtlicher ottomanischen Anlehen, nachdem die Zinsen für das abgelaufene Gebarungsjahr mit ein Procent festgesetzt wurden. Die zweite verlaublicht die Zahlung weiterer 3 3/4 Procent, außer den bereits gezahlten 25 Procent des Nominalcapitales der seit 1. Jänner 1882 gezogenen Türkenlose, was eine Leistung von 58 Procent für die abgelaufene Gebarungsperiode ergibt. Nach der dritten Kundmachung endlich wird eine erste Acontozahlung von 3 Procent des Nominalcapitales der nicht eingelösten, vor 1882 gezogenen Türkenlose, für welche insgesammt 20 Procent bewilligt sind, geleistet werden.

Handel und Volkswirtschaftliches.

IX. Staats-Wohltätigkeits-Lotterie. Bei der am 15ten d. M. vorgenommenen Lotterie für gemeinsame Militär-Wohltätigkeitszwecke wurden in der Hauptziehung nachstehende höhere Gewinne gezogen, und zwar fiel der Haupttreffer mit 60 000 Gulden in Goldrente auf Nr. 14031 mit drei Vor- und drei Nachtreffern zu je 600 fl. Goldrente; der zweite Treffer mit 20 000 fl. in Goldrente fiel auf Nr. 164482 mit zwei Vor- und zwei Nachtreffern zu je 400 fl. Goldrente, und der dritte Treffer mit 10 000 fl. in Goldrente auf Nr. 108464 mit einem Vor- und einem Nachtreffer zu je 200 fl. in Goldrente; ferner gewonnen je 600 fl. in Goldrente die Nummern: 12799 13640 73202 190708 197053 202827 204808 238875 239619 und 246736; je 400 fl. in Goldrente gewonnen die Nummern: 11215 23555 30474 53350 55390 106291 140494 118831 207067 228368 234211 243946 244799 283889 und 169547; je 200 fl. in Goldrente gewonnen die Nummern: 501 15441 96316 98184 102721 108110 126815 128512 132829 136272 141024 142176 145194 149598 155559 159988 212558 219047 285960 und 292072. In der folgenden Serien-Ziehung gewonnen nachstehende tausend Nummern je 20 fl. österr. Währ. in Barem, und zwar: Nr. 80801 bis Nr. 80900, Nr. 85801 bis Nr. 85900, Nr. 126801 bis Nr. 126900, Nr. 127801 bis Nr. 127900, Nr. 144501 bis Nr. 144600, Nr. 150701 bis Nr. 150800, Nr. 189101 bis Nr. 189200, Nr. 210901 bis Nr. 211000, Nr. 288001 bis Nr. 288100 und Nr. 293801 bis Nr. 293900.

Verstorbene.

Den 16. Februar. Johann Jansa, Mautaufsehers-Sohn, 2 J., Floriansgasse Nr. 50, Fraifen.
Den 17. Februar. Alois Potokar, Commissionärs-Sohn, 9 Mon., Wienerstraße Nr. 28, Bronchitis.

Theater.

Heute (gerader Tag) zum Vortheile der Operettensängerin Susanne Weuß: Fatinija. Romische Oper in 3 Acten von F. Zell und Richard Genée. — Musik von F. Suppé.

Lottoziehungen vom 17. Februar:

Triest: 28 3 90 85 34.
Linz: 58 49 10 26 3.

Laibach, 17. Februar. Auf dem heutigen Markte sind erschienen: 11 Wagen mit Getreide, 4 Wagen mit Heu und Stroh, 24 Wagen und 2 Schiffe mit Holz (18 Cubikmeter).

Durchschnitts-Preise.

	Mitt.		Mitt.		Mitt.		Mitt.	
	fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.
Weizen pr. Hektolit.	7 47	8 96	Butter pr. Kilo	—	85	—	—	—
Korn	5 36	5 77	Eier pr. Stück	—	21	—	—	—
Gerste (neu)	4 39	4 77	Milch pr. Liter	—	8	—	—	—
Hafer	2 93	3 13	Rindfleisch pr. Kilo	—	56	—	—	—
Halbfrucht	—	6 30	Kalbsteisch	—	50	—	—	—
Heiden	4 23	5 87	Schweinefleisch	—	48	—	—	—
Hirse	4 87	5 17	Schöpfenfleisch	—	28	—	—	—
Kukuruz	5 36	6 4	Hähnchen pr. Stück	—	45	—	—	—
Erdäpfel 100 Kilo	2 77	—	Tauben	—	17	—	—	—
Linsen pr. Hektolit.	8	—	Heu 100 Kilo	—	3 3	—	—	—
Erbsen	8	—	Stroh	—	1 96	—	—	—
Fisolen	9	—	Holz, hart, pr. vier D.-Meter	—	—	—	6 80	—
Rindschmalz Kilo	98	—	— weiches	—	—	—	4 50	—
Schweinechmalz	88	—	— weiches, 100 Lit.	—	—	—	20	—
Speck, frisch	68	—	— weiches	—	—	—	18	—
— geräuchert	75	—						

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Februar	Zeit der Beobachtung	Barometerstand in Millimetern auf 0° C. reducirt	Lufttemperatur nach Celsius	Wind	Richtung des Himmels	Niederschlag binnen 24 St. in Millimetern
17.	7 U. Mg.	743,30	0,0	N. schwach	bewölkt	
	2 „ N.	743,14	+ 4,3	D. schwach	bewölkt	0,00
	9 „ Ab.	744,68	+ 0,4	N. schwach	bewölkt	
18.	7 U. Mg.	744,06	- 2,0	D. schwach	bewölkt	
	2 „ N.	742,44	+ 0,1	D. mäßig	bewölkt	0,00
	9 „ Ab.	742,28	- 2,6	D. mäßig	bewölkt	

Den 17. meist trübe, wenig Sonnenschein. Den 18. gegen Mittag einige Sonnenblicke, sonst trübe, unfreundlich, kalter Wind. Das Tagesmittel der Temperatur an beiden Tagen + 1,6° und - 1,5°, beziehungsweise um 1,9° über und um 1,2° unter dem Normale.

Verantwortlicher Redacteur: P. v. Radics.

Eingesendet.

Für Brust- und Lungenleidende!

Herrn Jul. Trnóczy, Apotheker in Laibach, Rathhausplatz. Vergleichen habe ich bei meinem Husten und Brustschmerzen die verschiedensten Mittel angewendet, bis ich Ihren Krautlichen Alpenkräuter-Saft, die Flasche à 56 kr., versuchte, und mit Freuden eine Besserung verspürte. Sind Sie so freundlich, mir noch drei Flaschen zu senden.

Ihr achtungsvoll ergebener

(342) 5-2

Josef Malešic in Sissek.

Das Seelenamt nach dem am 23. Jänner 1883 verstorbenen Herrn

Anton Samassa

findet — durch kirchliche Feste bis nun verzögert — Dienstag, den 20. Februar d. J., um 10 Uhr vormittags in der Franciscaner-Pfarrkirche Mariä-Verkündigung statt, wozu alle Verwandten, Freunde und Bekannten des Verstorbenen hiemit höflichst eingeladen werden.

Laibach am 17. Februar 1883.

Dankagung.

Für die während seiner langen Krankheit unserm dahingeschiedenen unvergesslichen Verwandten Herrn

Karl Recher

zutheil gewordene herzliche Theilnahme, für die vielen Kränzspenden zur Leichenfeier und für die zahlreiche Betheiligung an derselben statten wir hiemit allen Betreffenden unseren herzlichsten Dank ab.

Laibach, 18. Februar 1883.

Die trauernde Familie Recher.

(17) 136-7

MATTONI'S
GISSHÜBLER
reinsten alkalischer
SAUERBRUNN

bestes Tisch- und Erfrischungsgetränk,
erprobt bei Husten, Halskrankheiten, Magen- und Blasenkatarrh.

PASTILLEN (Verdauungszellohen).

Heinrich Mattoni, Karlsbad (Böhmen).

Table of stock and bond prices. Columns include 'Wohl', 'Ware', and various financial instruments like 'Staats-Anleihen', 'Anderer öffentl. Anleihen', 'Pfandbriefe', 'Diverse Lose', 'Bank-Actien', 'Actien von Transport-Unternehmungen', and 'Industrie-Actien'.

Amtsblatt zur Laibacher Zeitung Nr. 40.

Montag, den 19. Februar 1883.

(707) Theaterverpachtung. Nr. 1087. Zur Unternehmung der deutschen Vorstellungen im landwirtschaftlichen Theater zu Laibach während der Saison vom Monate Septem-ber 1883 bis Palmsonntag 1884 wird hiemit der Concurs ausgeschrieben.

(721-1) Bezirks-Hebammenstelle. Die Bezirks-Hebammenstelle in der Gemein- de Bresnitz, womit eine aus der Bezirks-casse auf die Dauer des Bestandes derselben fließende jährliche Remuneration von 30 fl. verbunden ist, wird zur Besetzung ausgeschrieben.

(693-3) Kundmachung. Nr. 1012. Vom k. k. Bezirksgerichte Mhr.-Feistritz wird hiemit bekannt gegeben, daß auf Grund des Gesetzes vom 25. März 1874, R. G. Bl. V, Nr. 12, mit den Localerhebungen zur Anlegung eines neuen Grundbuches für die Catastralgemeinde Schembitz am 19. Februar 1883, vormittags um 8 Uhr, beginnen werden wird.

(687-3) Kundmachung. Nr. 213. Die P. E. Einkommensteuerpflichtigen in Laibach werden mit Bezug auf die im Amtsblatte der „Laibacher Zeitung“ vom 8. Jänner d. J. veröffentlichte Kund-machung vom 2. Jänner 1883, Z. 5, nochmals aufgefordert, die vorschritts-mäßig verfaßten Einkommensteuer-bekanntnisse pro 1883 nunmehr längstens bis 25. Februar d. J. anher vorzulegen, widrigens sie sich die Folgen der §§ 32 u. 33 des Einkommen-steuergesetzes selbst zuzuschreiben haben werden.

(656-3) Kundmachung. Vom k. k. Oberlandesgerichte für Steiermark, Kärnten und Krain in Graz werden über erfolgten Ablauf der Edictalfrist zur Anmeldung der Belastungsrechte auf die in dem neuen Grundbuche für die nachbezeichneten Catastralgemeinden enthaltenen Liegenschaften alle diejenigen, welche sich durch den Bestand oder die bürgerliche Rangordnung einer Eintragung in ihren Rechten verlegt erachten, aufgefordert, ihren Widerspruch längstens bis letzten August 1883 bei dem betreffenden k. k. Gerichte, wo auch das neue Grundbuch eingesehen werden kann, zu erheben.

(708-1) Kundmachung. Nr. 1059. Vom k. k. Bezirksgerichte Gottschee werden zum Behufe der Anlegung eines neuen Grundbuches für die Catastralgemeinde Altlag in Gemäßheit des § 15 des Landesgesetzes vom 25. März 1874 Z. 12, die Localerhebungen auf den 5. März 1883 und die darauf folgenden Tage jedesmal vormittags um 7 Uhr bei diesem Gerichte mit dem Befehle angeordnet, daß bei denselben alle Personen, welche an der Ermittlung der Besitzverhältnisse ein rechtliches Interesse haben, erscheinen und alles zur Aufklärung sowie zur Wahrung ihrer Rechte Nothwendige vorbringen können.

(657-3) Kundmachung. Nr. 1984. Vom k. k. steierm.-kärnt.-krain. Oberlandesgerichte in Graz wird bekannt gemacht, daß die Arbeiten zur Neuanlegung der Grundbücher in den unten verzeichneten Catastralgemeinden des Herzogthums Krain beendet und die Entwürfe der bezüglichen Grundbucheinlagen angefertigt sind. Infolge dessen wird in Gemäßheit der Bestimmungen des Gesetzes vom 25. Juli 1871 R. G. Nr. 96, der 1. März 1883 als der Tag der Eröffnung der neuen Grundbücher der bezeichneten Catastralgemeinden mit der allgemeinen Kundmachung festgesetzt, daß von diesem Tage an neue Eigenthums-, Pfand- und andere bürgerliche Rechte auf die in den Grundbüchern eingetragenen Liegenschaften nur durch Eintragung in das bezügliche neue Grundbuch erworben, beschränkt, auf andere übertragen oder aufgehoben werden können.

Zugleich wird zur Richtigstellung dieser neuen Grundbücher, welche bei den unten be-zeichneten Gerichten eingesehen werden können, daß in dem oben bezogenen Gesetze vorgeschriebene Verfahren eingeleitet, und werden demnach alle Personen: a) welche auf Grund eines vor dem Tage der Eröffnung des neuen Grundbuches erworbenen Rechtes eine Aenderung der in demselben enthaltenen, die Eigenthums- oder Besitzver-hältnisse betreffenden Eintragungen in Anspruch nehmen, gleichviel, ob die Aenderung durch Ab-, Zu- oder Umschreibung, durch Verichtigung der Bezeichnung von Liegenschaften oder der Zusammenstellung von Grundbuchkörpern oder in anderer Weise erfolgen soll; b) welche schon vor dem Tage der Eröffnung des neuen Grundbuches auf die in demselben eingetragenen Liegenschaften oder auf Theile derselben Pfand-, Dienstbarkeits- oder andere zur bürgerlichen Eintragung geeignete Rechte erworben haben, sofern diese Rechte als zum alten Lastenstande gehörig eingetragen werden sollen und nicht schon bei der Anlegung des neuen Grundbuches in dasselbe eingetragen wurden, — aufgefordert, ihre diesfälligen Anmeldungen, und zwar jene, welche sich auf die Belastungsrechte unter b beziehen, in der im § 12 obigen Gesetzes bezeichneten Weise längstens bis zum letzten Februar 1884 bei den betreffenden unten bezeichneten Gerichten einzubringen, widrigens das Recht auf Geltendmachung der anzumeldenden Ansprüche denjenigen dritten Personen gegen-über verwirkt wäre, welche bürgerliche Rechte auf Grundlage der in dem neuen Grundbuche enthaltenen und nicht bestrittenen Eintragungen in gutem Glauben erwerben.

Table with 4 columns: Katastralgemeinde, Bezirksgericht, and Rathschluß. Lists 16 municipalities and their respective courts and decision dates.

Table with 4 columns: Post-Nr., Katastralgemeinde, Bezirksgericht, and Rathschluß vom. Lists 10 municipalities and their respective courts and decision dates.

Graz am 7. Februar 1883.

Graz am 7. Februar 1883.